

# Gesetzblatt

## für die Freie Stadt Danzig

Nr. 69

Ausgegeben Danzig, den 1. Oktober

1936

Tag	Inhalt:	Seite
23. 9. 1936	Verordnung zur Erweiterung der sozialen Fürsorge . . . . .	379

163

### Verordnung

zur Erweiterung der sozialen Fürsorge.

Vom 23. September 1936.

Gemäß § 1 Ziffer 47 und 53 a und b) sowie § 2b des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Staat vom 24. Juni 1933 (G. Bl. S. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

#### § 1

Zur Beseitigung wirtschaftlicher Härten, insbesondere während der Winterszeit, wird ein besonderer Unterstützungsfonds geschaffen. Über seine Verwaltung und Verwendung trifft der Senat nähere Bestimmung.

#### § 2

(1) Zur Aufbringung der für den Unterstützungsfonds (§ 1) benötigten Mittel wird vom 1. 10. 1936 ab ein Zuschlag von 5 vom Hundert zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer erhoben.

(2) Die zur Durchführung des Abs. 1 und zur Überleitung erforderlichen Bestimmungen trifft der Leiter des Landessteueramts. Er ist ermächtigt, insoweit auch den Wortlaut des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes zu ändern.

#### § 3

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Danzig, den 23. September 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

F. Fz. S. 62<sup>10</sup>

Huth Paul Bazer

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetages: 9. 10. 1936.)



# Vertrag für die Freie Stadt Danzig

1936	Abgegeben Danzig, den 1. Oktober	Mr. 69
Seite 379	Anzahl:	Fog
	Erweiterung der sozialen Fürsorge	23. 9. 1936

**Erklärung**  
zur Erweiterung der sozialen Fürsorge.  
vom 23. September 1936.

Gemäß § 1 Ziffer 47 und 53 a und b) sowie § 2 b des Gesetzes zur Regelung der Not von 1931 und vom 24. Juni 1933 (G. 273) wird folgendes mit Gesetzeskraft verordnet:

**§ 1**  
Zur Befähigung wirtschaftlicher Kräfte, insbesondere während der Winterzeit, wird ein besonderer Wirtschaftsförderungsfonds (Wirtschaftsförderungsfonds) eingerichtet, der den Zweck hat, die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu verbessern.

(1) Zur Einführung der für den Wirtschaftsförderungsfonds (Wirtschaftsförderungsfonds) erforderlichen Maßnahmen sind die notwendigen Mittel aus dem Staatshaushalt zu entnehmen.

(2) Die zur Durchführung des § 1 und zur Befähigung der Bevölkerung erforderlichen Bestimmungen trifft der Leiter des Landesgesundheitsamtes. Er ist ermächtigt, insoweit auch bei Abwesenheit des Landesgesundheitsamtes, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Tiefe Verantwortung trifft mit ihrer Durchführung in Kraft.

Danzig, den 23. September 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

**Paul Bauer**

Pour la Belgique:  
Bernard de Escailla.

Pour la Belgique:  
Bernard de Escailla.

Danzig, den 25. September 1936.

Der Senat der Freien Stadt Danzig

A. M. 1. 1936 IX/36

(Kürzer Tag nach Ablauf des Abgabens: 2. 10. 1936)

Erklärung: Die Erklärung der Erklärung und Erklärung der Erklärung.

Erklärung: Die Erklärung der Erklärung und Erklärung der Erklärung.